



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Stephan Oetzing, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/769

Bayern zeigt, wie es geht – Einführung der Bezahlkarte und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber

Der Landtag begrüßt, dass der Freistaat als erstes Flächenland in Deutschland im März 2024 mit der Einführung einer Bezahlkarte für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beginnt. Der Landtag unterstützt die Staatsregierung in ihren Bemühungen, diese Bezahlkarte nach der Testphase landesweit auszurollen. Die Bezahlkarte ist ein wichtiger Baustein für eine Asylpolitik nach dem Grundsatz „Humanität und Ordnung“.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung endlich ihre Blockadehaltung aufgibt, ihrer Verantwortung gerecht wird und eine Grundlage für die bundesweite Einführung einer umfassenden Bezahlkarte schafft.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den erweiterten rechtlichen Rahmen für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach § 5 AsylbLG auszuschöpfen und die Anzahl von Arbeitsgelegenheiten in Bayern gemeinsam mit den Kommunen insgesamt auszubauen.

Der Landtag sieht jetzt den Bund gefordert, endlich eine echte Asylwende zu schaffen und die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen. Dazu bedarf es wirksamer Maßnahmen wie z. B. den Abschluss von deutlich mehr Rückführungsabkommen oder die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Die Zeit der Worte und vertaner Chancen auf Migrationsgipfeln ist vorbei.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident